

Aufruf Österreichs Demokratie steht auf dem Prüfstand Die Abschaffung des begünstigten Postzeitungsversands ist ein schwerer Anschlag auf die Meinungsfreiheit

Auf Initiative von Infrastrukturminister Michael Schmid und vom Budgetausschuß des Parlaments beschlossen sollen per 1. Juli 2000 die Zuschüsse des Bundes für die begünstigten Postzeitungstarife gestrichen werden. Diese Maßnahme geht über das Regierungsprogramm hinaus und zielt offensichtlich darauf ab, die mediale Kritik an Maßnahmen der Regierung mundtot zu machen.

Derzeit wird das jährliche Minus der Post von 1.3 Mrd. S beim Postzeitungsversand durch 900 Mio. S Bundeszuschüsse großteils abgedeckt. Da die Post seit der Ausgliederung aus dem Budget wiederholt erklärt hat, zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet zu sein, bedeutet die Streichung der Zuschüsse faktisch die Eliminierung des begünstigten Postzeitungstarifes. Bezeichnenderweise kann sich die

Regierung mit der Streichung der Bundeszuschüsse nicht auf EU-Richtlinien berufen, da es auch in EU-Ländern und sogar in der strikt gegen Subventionen eingestellten Schweiz üblich ist, die Zeitungstarife im Interesse einer vielfältigen Medienlandschaft und einer breiten Meinungsvielfalt staatlich zu subventionieren.

Von der Streichung betroffen sind bundesweit 9.696 Zeitungen. Insbesondere für die Zeitungen von Vereinen, gemeinnützigen und karitativen Organisationen, Bürgerinitiativen, Kulturvereinen, wahlwerbenden Gruppen, lokalen Parteiorganisationen, aber auch für kommerzielle Qualitätszeitungen, Publikationen von Ämtern, Behörden, Kammern und Kirchen bedeutet diese Maßnahme durch die Erhöhung der Zeitungstarife auf bis zum fünffachen eine so schwere finanzielle Bela-

stung, daß tausende Zeitungen von der Einstellung bedroht sind.

Die Folge wäre eine noch stärkere Monopolisierung der Printmedien. Schon jetzt gibt es beispielsweise in Österreich nur mehr 17 Tageszeitungen, im Vergleich dazu in der Schweiz 95, in Norwegen 83, in Finnland 55, in Dänemark 37, in Lettland 21 und in der Slowakei 19. Daß dies gravierende Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit hat, liegt auf der Hand. Österreichs Demokratie steht damit auf dem Prüfstein.

Die unterzeichneten Organisationen | Personen fordern daher im Interesse der Aufrechterhaltung einer vielfältigen Medienlandschaft und des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung die generelle Beibehaltung der Bundeszuschüsse für den begünstigten Postzeitungsversand.

Ja, ich unterstütze diesen Aufruf und bin damit einverstanden, daß mein Name | meine Organisation in diesem Zusammenhang öffentlich genannt wird:

Name	Organisation	Adresse	Plz/Ort	Email

bitte zurückschicken an (=Impr.): Kulturplattform OÖ, Hofgasse 12, 4020 Linz, Tel. 0732/794288 - oder besser unter <http://vielfalt.servus.at> die UnterstützerInnen direkt ins Protestformular eintragen - Sie erleichtern uns damit die Arbeit!